

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Postkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Zum zwölften Gewerkschaftskongress

F. K. Vom 31. August bis zum 5. September wird in Breslau der zwölfte Kongress der freien Gewerkschaften Deutschlands beisammen sein. Es hiesse unnützlich Worte häufen, wollte man auseinandersehen, daß er in einer trüberen Zeit tagt und vor schwierigeren Aufgaben steht, als seine beiden Vorgänger. Denn zu Nürnberg wie zu Leipzig war der zahlenmäßige Stand der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft wie die politischen Machtverhältnisse noch besser, noch verheißungsvoller als heute. Damals wurde noch allerwärts die Möglichkeit gesehen, in absehbarer Zeit aus der kapitalistischen Wüste herauszukommen. Der Glaube an einen baldigen Beginn mit der Sozialisierung und der Wirtschaftsdemokratie war noch unerschütterter. Allein, diese Blütenkränze sind so ziemlich dahin. Heute verbietet die graue Wirklichkeit den Hochgang der Gefühle wie der Hoffnungen. Die zur Übermacht gelangte Reaktion bemerkt die Stunde zu politischer und geldlicher Ernte. Laufend Zeichen künden die Verschlechterung der Wirtschaftslage, eine dauernde Wirtschaftsnöte an. Jedenfalls ist eins gewiß, daß das Ringen ums tägliche Brot fortan noch schärfer sein wird. Und die Aussicht, aus der kapitalistischen Wüste auf politischen Wegen herauszukommen, ist sehr gering. Diesem neuen, diesem schlimmeren Stande der Dinge muß der Gewerkschaftskongress gerecht zu werden trachten.

Die Aussprache in der Gewerkschaftspresse hat fast die ganze Aufmerksamkeit auf die Frage: Berufsverband oder Industrieorganisation? gerichtet. Diese Sache ist gewiß recht bedeutend, aber sie ist natürlich nicht alles, was uns in Breslau zu beschäftigen hat. Wir unterstützen die Umwandlung des ADGB auf industrieorganisatorischer Grundlage vornehmlich deswegen, weil wir davon die Verallgemeinerung oder Verstärkung des proletarischen Gemeinschaftsgeistes erwarten.

Wenn man die Verbesserungsbedürftigkeit des Gemeinschaftsgeistes anerkennt, so muß man auch die Mittel dafür wollen. Eines der probatesten dieser Mittel ist nur einmal die Befestigung der organisatorischen Einheitsglieder der Berufs- und Industrieorganisation in umfassendere Industrieverbände. Hier, in der größeren, umfassenderen, härteren Gemeinschaft muß sich der Gemeinschaftsgeist größer, unerschütterlicher, stärker werden. Denn hier wird den Berufs- und Industrieorganisationen die Möglichkeit gegeben, sich zu verfestigen und zu verfestigen. Die Gemeinschaftlichkeit des Sinnes und Handelns.

Dieser einfachen Wahrheit gerecht zu werden, wird, wie der Widerstand gegen die Industrieorganisation klarlich dazutun, vielen schwer. Wir haben für die Abneigung, den alten, liebgewonnenen Berufsverband aufzugeben und sich einer, wenn auch größeren, so doch fremden, ungewohnten Gemeinschaft einzugliedern, volles Verständnis. Es kostet sicherlich große Überwindung, einer Organisation zu entgehen, an der die Hoffnung und der Schmerz eines Menschenlebens hängt, auch wenn sie den Erfordernissen nicht mehr entsprechen sollte. Die Überlieferung erweist sich oft viel mächtiger, als die stichhaltigsten Gründe. „Die Tradition ist“, um mit Friedrich Engels zu reden, „die große hemmende Kraft, sie ist die Trägheitskraft in der Geschichte.“ Wir können nur wünschen, daß dies in unserem Falle nicht zutreffen möge.

Allein, so wichtig wir auch die Organisationsfrage halten, noch wichtiger dünkt uns der fünfte Verhandlungsgegenstand des Breslauer Kongresses: Die Wirtschaft und die Gewerkschaften. Diese alles andere überschattende Sache hat — leider — in der bisherigen Aussprache nur eine sehr geringe Aufmerksamkeit gefunden. So muß das Veräumdete in Breslau nachgeholt werden. Der gegenwärtige Stand wie der voraussetzliche Gang der Wirtschaft muß einer eingehenden Betrachtung unterworfen und die für uns daraus entspringenden Aufgaben deutlich umrissen werden. Dies hat schon deswegen zu geschehen, weil die zu Nürnberg gegebenen Richtlinien teilweise nicht mehr zutreffend sind und der Ergänzung bedürfen. Seit Nürnberg sind die wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich anders geworden und der politische Machtzustand hat sich zum Gunsten der Arbeiterklasse verschoben. Der politische Weg, der vielen von uns vor sechs Jahren noch gangbar schien, ist uns, vorderhand sicherlich, versperrt. Dem Wandel der tatsächlichen und geistigen Dinge müssen die Richtlinien für die künftige Gewerkschaftspolitik Rechnung tragen. Außerdem müssen sie hinsichtlich der Mittel und Wege eine Erweiterung erfahren, sofern dies irgendwie möglich ist. Wie das gemeint ist, sei im folgenden angedeutet.

Wie jedermann weiß, kommen wir mit dem bloßen Lohnkampf nur verzweifelt langsam vorwärts. Der Aufstieg, der durch den unjünglich mühseligen Lohnkampf erreicht wird, geht in äußerst langsam aufsteigender Schmelzlinie vor sich. Nicht daß der Lohnkampf erfolglos gewesen sei. In zahlreichen Gewerkschaften und Betrieben ist es gelungen, den Lohnsatz der Friedenszeit zu erreichen oder auch darüber hinauszukommen. Allein, diese Erfolge sind bei Lichte betrachtet doch bloß mehr zahlenmäßig. Das, was in vielen mühseligen Verhandlungen und Streiks errungen, ist ganz oder doch zum größten Teil durch die Preissteigerung wieder verloren gegangen. Und nun ist mit Bombensicherheit anzunehmen, daß durch die neuen Zoll- und Steuererlasse noch weit mehr als das durch schwere Opfer Erzwungene weggewaschen wird. Fortan dürfte noch viel nachdrücklicher verhandelt und gestreift werden, um die durch Zoll und Steuer verursachte Verminderung des Realeinkommens wieder auszugleichen. Und wenn dann eine Reihe von Jahren in einem fort verhandelt, gekämpft und gestreift worden ist, werden wir vielleicht wieder soweit sein, wie vorher, ohne aber irgendeine Sicherheit zu haben, daß das Trauerspiel nicht abermals beginnt. Vorausselbst muß selbstverständlich der Lohnkampf rücksichtslos weitergeführt werden, weil er, wie die Dinge nun einmal liegen, das einzige Mittel ist, die Arbeiterschaft vor dem Verkommen zu bewahren.

Vor sechs Jahren, zu Nürnberg, konnte man noch annehmen, dieses Trauerspiel des ewigen Auf und Nieder durch Wirtschaftsdemokratie und Sozialisierung über kurz oder lang beenden zu können. Denn hierfür war damals das politische Machtverhältnis nicht ungünstig. Neue Annahme hat indessen angeichts des Aufstiegs der Reaktion zur Regierungsmacht keine Berechtigung mehr. Und niemand vermag zu sagen, wann es durch den Wandel auf politischem Gebiet wieder soweit sein wird, um erneut an die Einführung der Wirtschaftsdemokratie und Sozialisierung denken zu dürfen.

So bliebe der Arbeiterschaft nach wie vor nichts anderes, als das mehr mühselige wie erfolgreiche Geschäft des Lohnstreites. Tarifverhandlungen und Streiks müßten also bis zum Nimmerleinstage fortgesetzt werden, ohne Aussicht zu haben, nennenswert über das heutige Jammerdal hinanzukommen. Dermaßen trostlos will uns der Ausblick nun allerdings nicht scheinen. Wir sind der Meinung, daß die organisierte Arbeiterschaft selbst bei diesem ungünstigen politischen Machtzustand neben der Waffe der Arbeitsniederlegung noch verschiedene gemächliche Machtmittel hat oder doch haben kann. Wir meinen, daß die Arbeiterschaft in ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit, nicht weniger auch in ihrer Eigenschaft als Warenkäufer und Selbsterzeuger noch prächtige Möglichkeiten zum Aufstieg wie zur Unterhöhung und Befestigung des kapitalistischen Zustandes hat. Wir halten dafür, daß die Arbeiterklasse, die Mehrheit der Bevölkerung, die gewaltige Macht, die sie als Käufer und Selbsterzeuger unbestreitbar besitzt, viel mehr gebrauchen sollte. Durch die bessere Organisation des Einkaufs, der Selbsterzeugung wie des Sparwesens lassen sich breite Wege zum wirtschaftlichen Aufstieg und zu Machtstellungen öffnen. Würde beispielsweise nur die Klasse der freien Gewerkschaften ihren Bedarf an Waren in den Konsumvereinen, das ist in ihren eigenen Genossenschaften decken, sie, die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft verfügte über ein Drittel des deutschen Innenhandels und der Erzeugung; sie könnte Hunderttausende von Genossen in ihren eigenen Fabriken beschäftigen. Die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft könnte der weitaus größte Unternehmer Deutschlands sein. Daß dadurch die Lohngestaltung der gesamten Industrie wesentlich beeinflusst werden kann, liegt auf der Hand.

Doch sind dies nur larve Andeutungen. Wir sind der Meinung, daß zu Breslau das ganze proletarische Betätigungsgelände nach Mitteln und Wegen und Waffen durchsüftet werden muß. Diese Durchsüftung dürfte, wie die des biblischen Weinberges, einen viel höheren Ertrag ergeben, als man vorher anzunehmen geneigt war. Noch mehr. Wenn man in Breslau die Wirtschaft und die Gewerkschaften behandelt, dann muß auch, so will es uns sehr rasch dünken, gesagt werden, wie sich die Gewerkschaften die Befestigung der Wirtschaft denken. Die Darlegung dieses Wie darf sich aber nicht, wie es bisher meist der Fall, in allgemeinen Redewendungen erschöpfen, sondern es müssen die praktischen Möglichkeiten, die man tatsächlich und unter den heutigen Umständen vorhanden sieht, deutlich aufgezeigt werden. Und den für notwendig erachteten Maßnahmen ist beizufügen, was dabei die Gewerkschaften selbst tun können und müssen. Wird dies unterlassen, dann darf man sich nicht darüber aufhalten, daß die Unternehmer die Lösung auf ihre Weise versuchen. Die gründliche Erörterung dieses Wie dürfte in mehr als einer Hinsicht von beträchtlichem Nutzen sein. Denn dabei kommt es sozusagen von selbst nicht nur zur Darlegung der eigentlichen Ursachen der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, sondern auch, was noch wichtiger ist, zu Vorschlägen, wie ohne Lohnkürzung und Fronzeitverlängerung die Ertragsfähigkeit der industriellen Arbeit zu steigern ist.

Wir werfen dem Unternehmertum, und mit Recht, vor, daß seine wirtschaftlichen Verbesserungsmittel alles andere, nur nicht heilbringend sind. Hieraus erwächst uns die Pflicht, den Verbesserungsmitteln der Unternehmer unsere eigenen entgegenzusetzen. Dies ist nun zwar hier und da schon geschehen, aber doch nur in sehr unzulänglicher Weise, woraus eine Schwäche für unsere Stellung in der Öffentlichkeit wie im Wortstreit mit dem Unternehmertum und der Staatsmacht spricht. Es ist daher geboten, daß die Richtlinien für die Gewerkschaftstätigkeit neben unseren hohen Zielen und Gegenwartsforderungen unsere Vorschläge oder Mittel zur Befestigung der Wirtschaftsnöte kurz und verständlich enthalten. Das sollte weit mehr als bisher bei allen Fragen zur Richtschnur genommen werden.

In Sachen der Wirtschaft müssen wir, die Träger der künftigen Wirtschaft, viel kräftiger in die Saiten greifen. Die herrschende kapitalistische Schicht ist völlig unfähig, die Schwierigkeiten ihrer Ordnung zu beheben. Schutz Zoll, Steuererlässe, Arbeitszeitverlängerung, Lohnkürzung und ähnliches mehr kann kein vernünftiger als Heilmittel ansehen; sie sind im Grunde nichts anderes, als der Ausdruck des kapitalistischen Willens, sich vor den Wirkungen der kapitalistischen Unordnung zu schützen. Wir sind nicht der Meinung, daß die Arbeiterklasse dazu verdammt ist, nur immer der Leidtragende der heutigen Unordnung zu sein. Sie hat sicherlich selbst heute bei den wirrigen wirtschaftlichen wie politischen Verhältnissen mehr Machtmittel, als es gemeinhin scheinen mag. Es gilt nur, diese Mittel aufzufinden, sie zu einem Ganzen zu formen und ihre planmäßige Anwendung der Gewerkschaftsmasse zu zeigen. Das sollte der Breslauer Gewerkschaftskongress als seine oberste Aufgabe erachten.

Das Zentrum ist mitschuldig!

Wenn diese Zeilen vor die Leser kommen, wird der große Beutezug auf die Tasche der arbeitenden Bevölkerung vollendet sein. Der Reichstag wird die neuen Steuer- und Zollgesetze angenommen haben, wodurch den Arbeitern und Kleinbauern unzählige Millionen abgetropft und den Schwereichen zugeshont werden. Die neuen Zölle auf Lebensmittel allein belasten das Einkommen einer fünfköpfigen Familie um 150 M. im Jahr, das heißt das Realeinkommen eines Durchschnittsarbeiters wird um ein Zehntel vermindert. Zu dieser Belastung kommen Verteuerung von tausend anderen Lebensnotwendigkeiten durch den Schutz Zoll, Erhöhung der Wohnungsmiete und neue Steuern. Die armen Teufel von Arbeitern und Kleinbauern, die längst nicht mehr wissen, wie sie ihres Lebens Nahrung und Notdurft befriedigen sollen, werden den Hungerriemen noch enger schnallen müssen.

Warum aber diese Verschlimmerung der Drangal des arbeitenden Volkes? Nun, weil es der Regierung und den sie stützenden Rechtsparteien so beliebt. Diese Regierung und diese Parteien sind die Vertreter der Großindustriellen und der Großgrundbesitzer. Und diese wollen, daß die Reparationslast, mit deren Abtragung nächstes Jahr begonnen werden muß, auf die arbeitenden Schichten abgewälzt wird und daß sie, die Industriellen und Grundbesitzer, dabei noch ein gutes Geschäft machen. Was befürchtet wurde, ist nun eingetreten: die Reparationslast ist nicht den tragfähigen Schultern, sondern den armen Teufeln aufgebürdet worden. Noch schlimmer. Denen, die zur Tragung der Reparationslast am ehesten hätten herangezogen werden müssen, den Schwereichen, werden neue Milliarden in Gestalt von Schutz zöllen und Steuererleichterungen geschenkt.

Allerdings wäre die Brandstiftung der arbeitenden Schichten unmöglich gewesen, wenn nicht das Zentrum den Zoll- und Steuerwucher eifrig unterstützt hätte. Ohne das Zentrum wären die Parteien der Industriellen und der Grundbesitzer im Reichstage in der Minderheit geblieben. Das Zentrum diente den Brandstiftern des arbeitenden Volkes als Rückenbedeckung. Das Zentrum, dem viele christliche Arbeiter und Bauern in der Erwartung ihre Stimme gegeben haben, daß es die Sache des arbeitenden Volkes vertrete. Das Zentrum aber hat aufs neue die Sache der Schwereichen vertreten.

Wenn ihr Arbeiter und Kleinbauern klagt, daß euch allein die ganze Reparationslast aufgebürdet worden ist, dann vergesst nicht: das Zentrum ist daran mitschuldig!

Wenn ihr Arbeiter und Kleinbauern künftig noch mehr für das Brot zahlen müßt, euer Realeinkommen noch geringer wird und ihr noch einen höheren Bruchteil an Steuern entrichten müßt, dann vergesst nicht: das Zentrum ist daran mitschuldig!

Wenn ihr Arbeiter und Kleinbauern fortan den Hungerriemen noch enger schnallen müßt, noch mehr Franken und Kinder in Fesseln müßt, die Bleichsucht, Tuberkulose und Hungertypus noch ärger wüten, dann vergesst nicht: das Zentrum ist daran mitschuldig!

Wer das Treiben des Zentrums und seiner Ruchherbrüder im Reichstage nicht in der Nähe beobachten konnte, der mag das hier über das Zentrum Gesagte für Übertreibung halten. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Zum Beweise hierfür wollen wir ein Blatt reden lassen, das weder sozialdemokratisch noch bolschewistisch ist, nämlich die Welt am Montag. In ihrem Leitartikel vom 3. August steht unter anderem geschrieben:

„Warum ist das Zentrum gegen Offenlegung der Steuerlisten? In Amerika hat sie sich als ausgezeichnetes Kontrollmittel der Öffentlichkeit erwiesen. Der Lohn- und Gehaltsempfänger kann keine Steuern hinterziehen. Ihm wird reflex sein Schuld an der Quelle abgezogen. Es sind ganz andere Elemente, die hinterziehen, wie die Mitteilungen des Abg. Keil über den ungeheuerlichen Steuerandal mit Georg v. Viehoff's Erben beweisen... Wer sich der Offenlegung der Steuerlisten widersetzt, fördert die Steuerhinterziehung.“

Warum ist das Zentrum gegen eine wirksame Erbschaftsteuer? Etwas im Interesse der christlichen Gewerkschaften! In England hat die Erbschaftsteuer... im vergangenen Jahre 1120 Millionen gebracht, bei uns 26. Das ist nicht eine Folge des größeren Reichtums Englands... Es gibt keine gerechtere, es gibt keine wirtschaftlich bessere Steuer als die Erbschaftsteuer. Wer die 95 bis im Zentrum, die davon nur Vorteil hätten, lassen sich von den 5 bis unterbuttern, die ihren Erben gern eine schließbare Erbschaftsteuer ersparen möchten.“

Warum tritt das Zentrum nicht für das Erbrecht der Reichen bei testamentarischen Erbschaften ein, wenn keine Abkömmlinge vorhanden sind? Jedes Erbrecht ist eine starke Konzeption an dem Kapitalismus... Wenn jedoch jemand ohne Frau und Kinder stirbt und nicht einmal ein Testament macht, so ist es absoluter Unfug, daß dann der Fiskus sich bemühen soll, die Erben dieses Menschen zu ermitteln. Nein, dann soll der Fiskus, das heißt die Allgemeinheit, als Erbe eintreten.“

Warum legt das Zentrum bei der Veranlagung des ländlichen Grundbesitzes zur Vermögenssteuer den Ertragswert und nicht den gemeinen Wert zugrunde? Das ist eine ungeheuerliche Bevorzugung des Großgrundbesitzes gegenüber den Bauern. Der Ertrag der großen Güter pro Hektar ist unendlich oft viel geringer als der der kleinen (Paris, Bildhauer, emfernte Außenwägen, extensive Wirtschaft)... Jeder vernünftige Zentrumsbauer muß dafür sein. Wer dem Zentrumsgrafen mag das allerdings un bequem sein.“

Warum macht das Zentrum die ungeheuerliche Ungerechtigkeit der Einkommensteuer mit, wie sie die Regierung vorzuzieht? In England zahlt der ledige Arbeiter keinen Progressiven Steuern, wenn er jährlich weniger als 2700 M. Einkommen hat. Bei uns beginnt die Einkommensteuer schon bei 900 M. Die Sozialdemokratie, unendlich beschissen, wollte wenigstens 1200 M. steuerfrei lassen. Nicht einmal dafür war das Zentrum zu haben. Wie kann es das vor seinen christlichen Gewerkschaften verantworten? Was müssen diese katholischen Arbeiter für launische gebuldige Wesen sein, daß sie sich solche Behandlung gefallen lassen?

lassen und zum Danke dafür das nächste Mal wieder die Gussrad...

Und alles das ist ja erst ein Anfang. In dieser Woche hat das...

Unendlich Kollegen ergiebt sich über Großgrundbesitz und...

Alle gerechte Steuerpolitik gebietet Progression nach oben; je...

England: Keine Zölle auf Lebensmittel, dafür Steuerfreiheit...

Ich werde die Zentrumsführer nicht um ihr christliches Gewissen...

Den Ausführungen des bürgerlichen Blattes ist vielleicht nur noch...

Das Zentrum ist mit schuldig an eurer Drangsal! Bergesht das nicht!

Von den „ehernen Gesetzen“ der Wirtschaft

Wenn jemals von sozialistischer Seite ein Eingriff in das Wirtschaftsleben...

So ist alles das Sozialisten entgegen bei jedem Versuch, in den...

Kohlenriege heißt das Schreckenswort, das in diesem Augenblick...

Das wäre denn zu ein Schuldspiel des „ehernen Gesetzes“ von Angebot...

Man also, wenn die Dinge so liegen, dann legt doch dem „ehernen Gesetz“...

Aber was müssen wir halt dessen erleben? Die Kapitalisten denken...

verständliches Recht eine Unterstützung von der Regierung, um ihre Kohlenvorräte...

Die gesamte Weltproduktion an Steinkohle — so schrieb am 31. Juli...

Man weiß, daß die Regierung drauf und dran ist, dem tollen...

Aus dem Reichstag

Eine Unterbrechung der Erwerbsarbeiten im Reichstage wurde herbeigeführt...

Bei der Besprechung der gestellten Anfragen wurde von verschiedenen...

Der Reichssozialminister Dr. Strejmann kündigte an, daß die deutsche Regierung...

Die Steuerdebatte ist nunmehr zu Ende gekommen. Ein Antrag auf...

Damit haben die Regierungsparteien ihren Willen durchgesetzt, die...

Die Ansprache über die neuen Zollvorlagen beginnt mit dem Hinweis...

nicht für nötig gehalten haben, auf die sachlichen Gründe der Opposition...

Die Steuergesetze angenommen

Die Steuerrechtsfrage ist geschlagen. Sieger ist der Rechtsblock im Reichstag...

Was die Steuervorlage bedeutet, ist in diesen Spalten des öfteren...

Der größte Raubzug aller Zeiten auf geschmacklosem Wege wurde vollführt...

Der Zwischenhandel als Warenvertreuer

Wir haben hier schon wiederholt betont, daß in vielen Fällen die Verteilung...

In welchem Maße die Zwischenhändler die Waren verteuern, geht aus...

Seit 1913 haben sich in Berlin die Handelsbetriebe um mehr als 90 %...

Table with 2 columns: Year, Retail Price Index (1913=100), Wholesale Price Index (1913=100)

Seit einigen Tagen kostet es im Laden in Berlin 2,- bis 2,40 M. Diese...

35 Milliarden verloren

Ein bekannter Volkswirtschaftler schätzt den Ausfall an Lohn- und Gehaltsentommen...

Die Lohnvergleich für die Schiffbauindustrie. Die englische Fachzeitschrift...

